

DEMOGRAFISCHE FORSCHUNG

Aus Erster Hand

Eine gemeinsame Publikation des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung, des Rostocker Zentrums zur Erforschung des Demografischen Wandels, des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, des Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und des Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital.

Editorial

Liebe auf Distanz: Wohin geht die Reise?

Zu mir oder zu Dir? Diese Entscheidungsfrage scheint sich für jüngere Paare immer häufiger zu stellen. Auf den ersten beiden Seiten der vorliegenden Ausgabe von „Demografische Forschung Aus Erster Hand“ untersuchten Wissenschaftler des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden sogenannte „bilokale Partnerschaften“. Dabei handelt es sich um Paare, die in getrennten Haushalten leben – sei es aus beruflichen Gründen in einer Fernbeziehung oder aber auch in derselben Stadt, um persönliche Freiräume nicht aufgeben zu müssen. Trotz einer relativ kurzen Untersuchungszeit war ein Ergebnis recht überraschend: Nur etwa 10 bis 15 Prozent der Beziehungen lösten sich auf, fast ein Drittel der Paare zog zusammen und bei mehr als der Hälfte der Befragten hatte die „bilokale Partnerschaft“ Bestand.

Anders als in der ehemaligen DDR stieg die Lebenserwartung nach 1991 in vielen Nachfolgestaaten der einstigen Sowjetunion nicht an. Pavel Grigoriev vom Rostocker Max-Planck-Institut für demografische Forschung beleuchtet auf Seite 3 die Entwicklung in Weißrussland – ein Land, dessen demografische Situation bisher relativ unbekannt war. Nach einem Einbruch in der Lebenserwartung in den Jahren des Umbruchs liegt für Männer die Sterblichkeit immer noch über dem Niveau zum Ende der Sowjetzeit. Zudem beschreibt das Team um Grigoriev, dass die regionalen Unterschiede in der Mortalität innerhalb Weißrusslands in den vergangenen zwei Jahrzehnten angestiegen sind. So sterben die Menschen im Osten des Landes, bedingt durch Alkoholismus, Arbeitslosigkeit und Armut, inzwischen deutlich früher als im Westen.

Mit Simulationen von Bevölkerungen beschäftigt sich der Artikel auf Seite 4 von Thomas Fent vom Vienna Institute of Demography und seinen Kolleginnen. In dem verwendeten sogenannten „agentenbasierten Modell“ können Forscher wechselseitige Abhängigkeiten im Verhalten von Individuen simulieren. Die österreichischen Wissenschaftler verwendeten ein solches Modell, um den Einfluss von Familienpolitik auf die Fertilität zu erforschen. Ein wichtiges Ergebnis der Studie ist, dass es kein länderübergreifendes Patentrezept in der Familienpolitik gibt. Sowohl die Sozialstruktur innerhalb einer Gesellschaft als auch das persönliche soziale Netzwerk sind entscheidende Faktoren für die Effektivität von politischen Maßnahmen.

Roland Rau

Partnerschaft

Getrennt und doch zusammen

Immer mehr Paare leben in separaten Wohnungen, oft weit voneinander entfernt. Ihrer Beziehung schadet die Liebe auf Distanz nicht unbedingt

Häufig ist der Job schuld an der vermeintlichen Misere. Andere Paare entscheiden sich hingegen ganz bewusst für zwei getrennte Haushalte. Wie es um die Stabilität solcher bilokalen Partnerschaften bestellt ist, haben Jürgen Dorbritz und Robert Naderi analysiert. Klar geworden ist dabei vor allem eines: Die Partnerschaften sind beständiger als vielfach angenommen.

Lange Zeit galten sie als Exoten. Doch inzwischen sind sie fast so häufig zu finden wie Menschen, die unverheiratet zusammenleben: Paare mit getrennten Wohnungen.

Wissenschaftler haben für diesen Trend zwei Gründe ausgemacht. Zum einen erfordert die Situation am Arbeitsmarkt seit vielen Jahren eine zunehmende Mobilität und Flexibilität der Beschäftigten: Wo sich ihr Arbeitsplatz befindet, können sich die meisten Menschen inzwischen nur noch sehr bedingt aussuchen. Zum anderen scheint immer öfter auch innerhalb fester Partnerschaften der Wunsch nach mehr persönlichen Freiräumen zu bestehen. Dieser wird dann in Form getrennter Wohnungen verwirklicht. Während es sich bei der ersten Form der bilokalen Partnerschaften (siehe Glossar) meist um sogenannte „Long Distance Relationships“ handelt, die von den Partnern oft ungewollt sind, leben Paare, die sich freiwillig für eine „Living Apart Together“-Beziehung entschieden haben, oft nur wenige Kilometer voneinander entfernt.

So oder so werden bilokale Partnerschaften jedoch von vielen Menschen als Übergangs- oder Notlösungen angesehen, die selten von langer Dauer sind. Jürgen Dorbritz und Robert Naderi sind diesem Vor-

urteil nachgegangen. In ihrer Studie, die in der Fachzeitschrift *Comparative Population Studies* – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft veröffentlicht ist, haben sie untersucht, wie stabil solche Partnerschaften tatsächlich sind und welche Rahmenbedingungen das Fortbestehen, den Zusammenzug oder eine Trennung der Partner begünstigen.

Die Demografen analysierten dazu Daten der deutschen Studie „pairfam“ (Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics), für die seit 2008 eine Ausgangsstichprobe von rund 12.400 Personen der Jahrgänge 1971 bis 1973, 1981 bis 1983 und 1991 bis 1993 zu ihren partnerschaftlichen und familiären Lebensformen befragt wurde. In die Untersuchung von Dorbritz und Naderi flossen die Ergebnisse der ersten

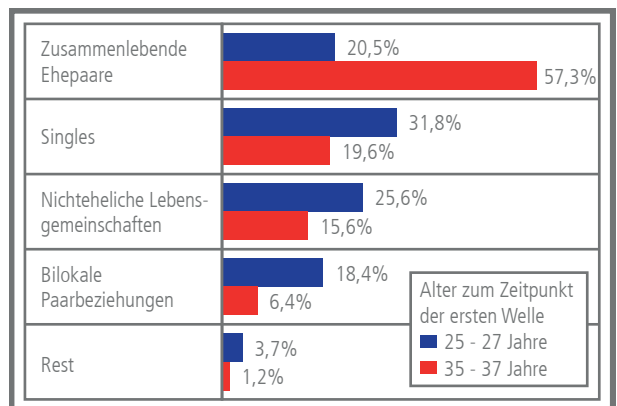


Abb. 1: Lebensformen der Befragten in den Altersgruppen 25-27 Jahre (Jahrgänge 1981-1983) und 35-37 Jahre (Jahrgänge 1971-1973) in Prozent. Stichprobengröße: 8.064. Quellen: pairfam, eigene Berechnungen.

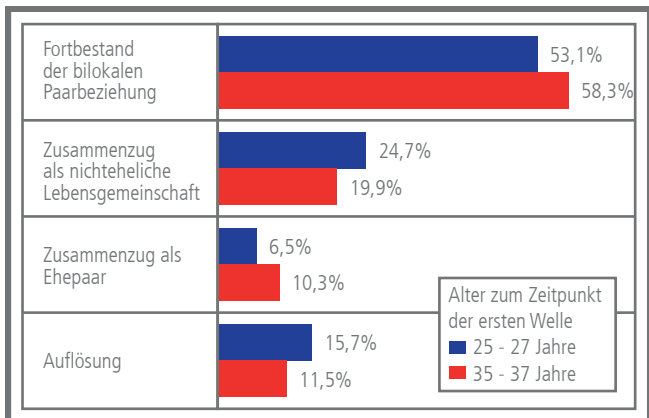


Abb. 2: Das Balkendiagramm zeigt, inwieweit sich der Beziehungsstatus derjenigen Befragten, die bei der ersten Welle 2008/2009 in einer bilokalen Paarbeziehung lebten, zum Zeitpunkt der zweiten Welle 2009/2010 verändert hat. Quellen: pairfam, eigene Berechnungen.

beiden Erhebungen (Wellen) aus den Jahren 2008/2009 und 2009/2010 ein, wobei die jüngste Personengruppe aufgrund ihres Alters ausgeschlossen wurde. Ebenfalls unberücksichtigt blieben Paare, die bei der ersten Befragung noch kein Jahr zusammen waren oder im vorangegangenen Monat einmal gemeinsam übernachtet hatten.

Zunächst stellten Dorbritz und Naderi fest, dass bilokale Paarbeziehungen bei den 25- bis 27-Jährigen deutlich häufiger zu finden sind als bei den 35- bis 37-Jährigen (s. Abb. 1). Dies sei wenig überraschend, da junge Menschen in diesem Alter häufig noch in der Ausbildung seien oder bei den Eltern wohnten, urteilen die Demografen. Zudem seien die Partner vielfach noch in der Phase des Kennenlernens, weswegen eine gemeinsame Wohnung noch gar nicht angestrebt werde.

Auffallender waren die Ergebnisse zur Stabilität der Partnerschaften: Mehr als die Hälfte aller Paare, die bei der ersten Befragungswelle von pairfam in getrennten Wohnungen gelebt hatten, taten dies auch zum Zeitpunkt der zweiten Welle noch (s. Abb. 2). Ein knappes Drittel der Befragten beider Altersgruppen war inzwischen zusammengezogen, entweder unverheiratet oder als Ehepaar. Nur ein kleiner Teil der Paare hatte sich im Laufe des Jahres getrennt. „Berücksichtigt man die Tatsache, dass alle diese Beziehungen mindestens ein Jahr vor der ersten Befragungswelle bestanden, so scheint sich Bilokalität als auch eine länger anhaltende Lebensform für die betreffenden Personen darzustellen“,

schreiben Dorbritz und Naderi. Dennoch weist der hohe Grad der Veränderung innerhalb eines Jahres auf die hohe Dynamik hin, die diese Lebensform kennzeichne. Die Forscher weisen aber ausdrücklich darauf hin, dass in ihrer Studie das Ende der bilokalen Paarbeziehung nur in wenigen Fällen mit einer Trennung vom Partner einherging.

Als eines der wichtigsten Ergebnisse ihrer Analyse nennen Dorbritz und Naderi die Beobachtung, dass sich der Charakter der bilokalen Partnerschaften in den betrachteten Altersgruppen erheblich unterscheidet. Die Forscher konnten

zum Beispiel zeigen, dass bei den Jüngeren bilokale Paarbeziehungen nicht nur häufiger vorkommen, sondern auch mit möglichst viel gemeinsam verbrachter Zeit in beiden Wohnungen einhergehen. Deren Partnerschaften entsprechen offenbar häufig dem Konzept des „Living Apart Together“. Wie die Tabelle 1 zeigt, fördern die häufigen Treffen zwar zum einen die Bilokalität, schützen zum anderen jedoch die Partner auch vor der Trennung. Allerdings sind die separaten Wohnungen in diesem Alter wahrscheinlich vielfach ein unerwünschter Zustand, weswegen es häufiger als in der anderen Gruppe zum Zusammenzug oder, bei einem zu langen Anhalten der Bilokalität, zur Auflösung der Partnerschaft kommt.

In der zehn Jahre älteren Gruppe sind hingegen die „Long Distance Relationships“ häufiger vertreten. Es scheint sich bei diesen Fernbeziehungen jedoch ebenfalls oft um einen unerwünschten Zustand zu handeln, berichten Dorbritz und Naderi. Auffallend sei nämlich, dass weit voneinander entfernt liegende Wohnungen einen Zusammenzug des Paares deutlich begünstigten (s. Tab. 1). Das deutet den Demografen zufolge darauf hin, dass die Partner vornehmlich aufgrund ihrer beruflichen Situation getrennt voneinander wohnen und diesen Zustand ändern, sobald sie zwei adäquate näher zueinander gelegene Arbeitsplätze finden. Gleichzeitig gibt es offenbar, anders als bei den 25- bis 27-Jährigen, Hinweise darauf, dass die Paare weniger geneigt sind zusammenzuziehen, wenn der oder die Befragte

in der Vergangenheit schon einmal mit einem Partner die Wohnung geteilt hat.

Besonders auffällig sei in der Gruppe der älteren Studienteilnehmer, dass diese ihre Absicht, zusammenzuziehen oder auch nicht, deutlich häufiger in die Tat umzusetzen als die zehn Jahre jüngeren Befragten, berichten die Forscher. Das deutet auf ein gewisses Maß an Wahlfreiheit und eine besonders bewusst gestaltete Partnerschaftsform bei den 35- bis 37-Jährigen hin.

Dorbritz und Naderi betonen jedoch auch, dass ihre Ergebnisse derzeit nur vorläufiger Art seien. Von den nächsten Erhebungswellen der pairfam-Studie erwarten sie sich weitere Erkenntnisse darüber, wodurch die Stabilität bilokaler Paarbeziehungen beeinflusst wird. In ihren folgenden Analysen wollen sich die Forscher unter anderem mit dem Thema Elternschaft befassen. Bislang konnten sie nämlich nur feststellen, dass der Kinderwunsch bei getrennt lebenden Paaren im Vergleich zu anderen eher gering ausgeprägt ist.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Robert Naderi

Glossar

Bilokale Paarbeziehung:

Als eine bilokale Paarbeziehung wird eine spezielle Form der Partnerschaft bezeichnet, die gewöhnlich durch vier Faktoren charakterisiert ist. Erstens leben die beiden Partner in getrennten Haushalten. Zweitens besteht die Beziehung seit mindestens einem Jahr. Drittens verstehen sich die Partner als Paar, auch in sexueller Hinsicht. Viertens werden sie von anderen, etwa von Freunden und der Familie, ebenfalls als Paar wahrgenommen. Keine Rolle spielt hingegen, welchem Geschlecht die beiden Partner angehören und ob sie verheiratet sind oder nicht.

Literatur

Dorbritz, J. und R. Naderi: Stabilität bilokaler Paarbeziehungen – Rahmenbedingungen und Entwicklungspfade: eine Analyse der ersten und zweiten Welle von pairfam. Comparative Population Studies 37(2012)3-4, 393-428. DOI: 10.4232/10.CPoS-2012-08de

Variable	Kategorie	25 bis 27 Jahre		35 bis 37 Jahre	
		Zusammenzug	Auflösung	Zusammenzug	Auflösung
Distanz zwischen den Wohnorten	Zwei Stunden oder mehr Fahrtzeit (Ref.: Weniger als zwei Stunden)	0,631	0,778	9,714*	0,597
Gemeinsam verbrachte Nächte	Zwei oder mehr Nächte pro Woche (Ref.: Höchstens eine pro Woche)	0,817	0,441*	8,392*	2,218
Beziehungsdauer in Jahren	Weniger als zwei Jahre (Ref.: Zwei oder mehr Jahre)	1,334	1,810	3,003	5,895*
Anzahl vorangegangener Lebensgemeinschaften	Keine (Ref.: Mindestens eine)	1,966*	0,579	1,730	0,344
Partnerschaftszufriedenheit	Unzufrieden (Ref.: Zufrieden)	0,773	1,506	1,104	10,297*
Bildungshomogamie	Homogam (Ref.: Nicht homogam)	1,098	1,598	2,949*	1,469

Tab. 1: Die Tabelle zeigt, wie sich verschiedene Faktoren auf die Stabilität bilokaler Paarbeziehungen auswirken. Werte über 1 deuten daraufhin, dass die Chancen für einen Zusammenzug beziehungsweise die Auflösung der Partnerschaft im Vergleich mit der Referenzgruppe (Ref.) steigen. Werte unter 1 bedeuten sinkende Chancen. Ein Sternchen hinter den Werten zeigt an, dass das Ergebnis hoch signifikant ist ($p < 0,1\%$). Stichprobengröße: 350 Befragte zwischen 25 und 27 Jahren, 109 Befragte zwischen 35 und 37 Jahren. Quellen: pairfam, eigene Berechnungen.

Sterblichkeit

Die Kluft wird größer

Im Westen Weißrusslands leben die Menschen länger als im Ostteil des Landes. Auch die Hauptstädter sind privilegiert

Nach dem Zerfall der UdSSR stieg die Sterberate in allen ehemaligen Sowjetrepubliken an. Wie es um die Situation in Weißrussland heute bestellt ist, hat ein Team um Pavel Grigoriev untersucht. Es nennt auch Gründe für die wachsende Kluft zwischen den Regionen. Demnach führen vor allem Alkohol sowie Arbeitslosigkeit und Armut zu vermehrten Todesfällen im Osten.

Als sich die Sowjetunion im Jahr 1991 auflöste, hatten fast alle der ehemaligen Republiken mit massiven Problemen zu kämpfen. Steigender Alkoholkonsum, psychologischer Stress infolge der sozioökonomischen Krise und ein marodes Gesundheitssystem ließen die Sterberaten überall in der Region in die Höhe schießen.

Auch Weißrussland blieb davor nicht verschont, wenngleich sich die Situation dort nicht ganz so dramatisch wie in vielen anderen Ländern darstellte. Pavel Grigoriev vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock und seine Kollegen haben untersucht, wie sich die Sterberate in dem osteuropäischen Staat seither, genauer gesagt im Zeitraum zwischen 1990 und 2007, verändert hat. Ein Schwerpunkt ihrer Studie bestand darin, regionale Unterschiede und deren Ursachen aufzuspüren. Darüber hinaus versuchten die Forscher herauszufinden, inwieweit sich das Reaktorunglück von Tschernobyl auf die Sterblichkeit der Weißrussen ausgewirkt hat.

Für ihre Untersuchung nutzten die Demografen teilweise noch unveröffentlichte Daten des Nationalen Statistischen Komitees Weißrusslands, Belstat. Detaillierte Angaben für die verschiedenen Bezirke, Oblaste genannt (s. Abb. 1), lagen ihnen für die Jahre 1997 bis 2007 vor. Ähnliche Daten auf der Ebene einzelner Kreise (Rajone) und Städte existierten für den Zeitraum 2003 bis 2007. Für die Entwicklung vor 1997 mussten sie sich auf eher lückenhafte Angaben verlassen. Die vorhandenen Daten gelten aber als recht zuverlässig. Bei der Berechnung der Sterberaten berücksichtigten die Forscher das Alter der untersuchten Bevölkerungsgruppen.

Die Ergebnisse von Grigoriev und seinen Kollegen zeigen, dass die Sterblichkeit zwischen 1990 und 1995 im ganzen Land zunahm. In der Hauptstadt Minsk etwa sank die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer um 4,7 Jahre. In dem im Westen des Landes gelegenen Oblast Brest, der von den Veränderungen am wenigsten betroffen war, waren es immerhin 2,9 Jahre. Es scheint, als ob die Bewohner der Großstädte für die sozioökonomischen Folgen des Zerfalls der UdSSR besonders anfällig gewesen seien, schreiben die Forscher.

Ende der Neunzigerjahre stabilisierte sich die Situation. Im Jahr 2007 hatten die Hauptstädter sogar die höchste Lebenserwartung im ganzen Land. Männer wurden hier im Schnitt 67,4 und Frauen 77,8 Jahre alt. Die Bewohner Brests liegen in der Statistik an zweiter Stelle. Am niedrigsten ist die Lebenserwartung im Oblast Minsk: 2007 konnten neugeborene Jungen dort nur mit 62,8 und neugeborene Mädchen mit 75 Jahren rechnen. Insgesamt leben Männer in Weißrussland heutzutage kürzer als zu Sowjetzeiten. Für Frauen hingegen hat sich die Situation leicht verbessert, was vor allem auf die höhere Lebenserwartung in der Hauptstadt zurückgeht. Als Haupttodesursachen des Landes gelten derzeit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, äußere Einflüsse und Krebs. Zu den äußeren Einflüssen zählen zum Beispiel Unfälle, Morde, Suizide und Alkoholvergiftungen.



Abb. 1: Weißrussland gliedert sich in sechs Verwaltungsbezirke (Oblaste) mit 118 Kreisen (Rajonen). Die Hauptstadt Minsk hat einen Sonderstatus und gehört keiner der Oblaste an. Quelle: www.diva-gis.org.

das Sterberisiko dort um 7 Prozent erhöht, bei Frauen sogar um 8,5 Prozent.

Die unterschiedlichen Sterberaten lassen sich den Berechnungen der Demografen zufolge vor allem durch Arbeitslosigkeit, Armut und Alkoholismus erklären (s. Tab. 1). Todesfälle durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Unfälle sind demnach häufige Folge von Alkoholismus und Arbeitslosigkeit, während Armut verstärkt zu Morden und Suiziden führt.

Inwieweit sich das Reaktorunglück von Tschernobyl, durch das Weißrussland im April 1986 stark radioaktiv kontaminiert wurde, auf die Sterberaten ausgewirkt hat, bleibt in der Studie unklar. Zwar deuteten einige Cluster vermehrter Todesfälle infolge bestimmter Krebskrankungen im besonders heftig betroffenen Südosten des Landes auf einen Einfluss des Unfalls hin, schreiben Grigoriev und seine Kollegen. Es ließe sich aber nicht erklären, warum die Anhäufungen nur vereinzelt zu finden seien – während sie in benachbarten, ebenso stark kontaminierten Gebieten ausgeblieben sind.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Pavel Grigoriev

Literatur

Grigoriev, P., G. Doblhammer-Reiter and V.M. Shkolnikov: Trends, patterns, and determinants of regional mortality in Belarus, 1990–2007. *Population Studies*, 67(2013)1, 61-81. DOI: 10.1080/00324728.2012.724696

Sterblichkeit	Variable		
	Arbeitslosigkeit	Armut	Alkoholismus
Männer			
Alle Ursachen	25,8**	0,4	5,0***
Herz-Kreislauf-Krankheiten	14,2**	-0,3	1,6**
Äußere Einflüsse	4,6	0,7***	2,3***
Frauen			
Alle Ursachen	9,4***	0,4**	1,5***
Herz-Kreislauf-Krankheiten	6,8***	0,3**	0,6***
Äußere Einflüsse	1,4**	0,1***	0,7***

Tab. 1: Die Tabelle zeigt, wie sich verschiedene Variablen auf die Sterblichkeit in Weißrussland in den Jahren 1997 bis 2007 ausgewirkt haben. In die Berechnungen wurden Männer und Frauen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren einbezogen. Dargestellt ist der Einfluss auf die altersstandardisierte Sterberate pro 100.000 Einwohner für verschiedene Todesursachen. Ein positiver Wert zeigt an, dass die Sterberate steigt; ein negativer, dass sie sinkt. Drei Sternchen hinter den Werten bedeuten, dass das Ergebnis hoch signifikant ist. Zwei Sternchen stehen für eine mittlere, keines für eine fehlende Signifikanz. Quellen: Belstat (1997-2007, 2009b und bislang unveröffentlichte Daten), eigene Berechnungen.

Generell haben die Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken Weißrusslands in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen. Die Ungleichheiten seien vor allem auf die Todesfälle der Männer durch äußere Einflüsse zurückzuführen, schreiben Grigoriev und sein Team. Bei den Todesfällen durch Krebs sind die regionalen Unterschiede den Forschern zufolge am geringsten.

Die Daten aus den Rajonen zeigen einen weiteren wichtigen Trend: Im Osten des Landes sterben die Menschen früher als im Westen. Bei Männern ist

Familienpolitik

Andere Länder, andere Wirkung

Welche Erfolge familienpolitische Maßnahmen erzielen, hängt stark von der sozialen Struktur einer Gesellschaft ab

Seit Jahrzehnten haben viele westliche Länder mit sinkenden Geburtenraten zu kämpfen. Ihre Regierungen haben ein zunehmendes Interesse daran, den Gründen dafür effektiv zu begegnen. Der Demograf Thomas Fent hat jetzt gemeinsam mit Kollegen per Computersimulation untersucht, inwieweit eine gelungene Familienpolitik von den sozialen Besonderheiten der Bevölkerung abhängt.

Um die drohenden Folgen der niedrigen Geburtenraten – eine alternde Gesellschaft und einen langsamen Bevölkerungsschwund – abzuwenden, haben viele Industrieländer in der Vergangenheit massiv in ihre Familienpolitik investiert. Welche Maßnahmen es sind, die junge Menschen am ehesten dazu animieren, wieder mehr Kinder zu bekommen, darüber herrscht in der Fachwelt allerdings Uneinigkeit.

Ein Team um den Österreicher Thomas Fent vom Vienna Institute of Demography ist dieser Frage nachgegangen. Die Forscher entwickelten am Computer ein agentenbasiertes Modell (siehe Glossar). Mit ihm untersuchten sie, inwieweit bestimmte familienpolitische Maßnahmen den Wunsch nach Kindern und die tatsächliche Geburtenrate beeinflussen. Besonderes Augenmerk legten die Demografen dabei auf die Frage, wie die soziale Struktur einer Gesellschaft die Erfolge dieser Maßnahmen beeinflusst. Zur Kalibrierung ihres Modells verwendeten Fent und seine Kollegen drei Datensätze der Statistik Austria aus dem Jahr 2008: die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, den Allgemeinen Einkommensbericht und den „Generations and Gender Survey“, für den rund 5.000 Frauen und Männer zwischen 18 und 45 Jahren zu ihrer Familienplanung befragt worden waren.

Mithilfe dieser Daten simulierten die Forscher sechs verschiedene Populationen mit je 5.000 Individuen

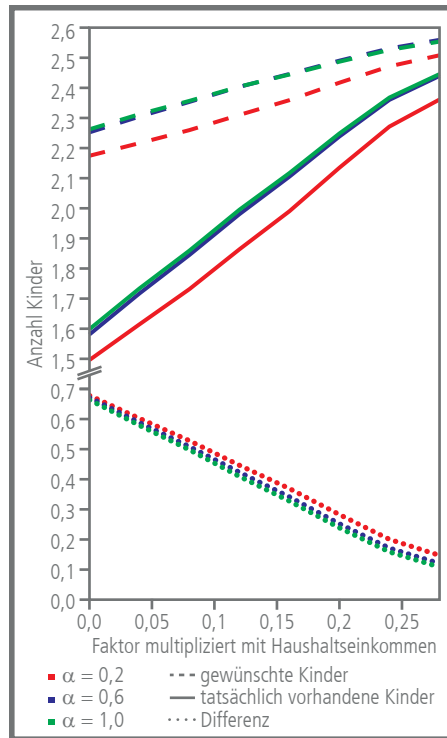


Abb. 1: Die Grafik zeigt, wie sich die Zahl der gewünschten und tatsächlich vorhandenen Kinder bei einkommensabhängigen Zuwendungen verändert. Dargestellt sind die Werte jeweils für drei unterschiedliche Grade an Homophilie (α). Ein hoher α -Wert wirkt sich demnach positiv auf die Zahl der gewünschten und tatsächlich vorhandenen Kinder aus, vermag die Fruchtbarkeitslücke aber dennoch kaum zu schließen. Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

und legten deren Alter, die Zahl vorhandener und noch gewünschter Kinder sowie das Haushaltsbudget fest. Die einzelnen Populationen unterschieden sich unter anderem im Grad ihrer Homophilie, also ihrer Neigung, bevorzugt mit ähnlichen Individuen Kontakte zu pflegen, und in ihrem Ausmaß, in dem sie sich mit anderen über ihre Familienplanung unterhalten. Finanzielle und andere Zuwendungen des Staates erfolgten in einem Teil der Simulationen einkommensunabhängig, im anderen, größeren Teil in verschiedenen Abstufungen einkommensabhängig. Insgesamt führten Fent und sein Team fast eine dreiviertel Million Simulationen durch.

Ihre Ergebnisse zeigen zunächst, dass familienpolitische Maßnahmen generell einen positiven Einfluss auf die Geburtenrate haben (s. Abb. 1). Dies ist unabhängig davon, ob die Zuwendungen einkommensabhängig sind oder nicht. Auch die sogenannte Fruchtbarkeitslücke, also die Differenz zwischen der Zahl gewünschter und tatsächlich vorhandener Kinder, lässt sich mit ihnen verkleinern.

Ein hoher Grad an Homophilie wirkt sich positiv auf die

Geburtenrate und den Kinderwunsch aus, hilft aber nur in sehr geringem Maße, die Fruchtbarkeitslücke zu schließen. Daraus lasse sich folgern, dass die Homophilie innerhalb einer Gesellschaft eher einen Einfluss auf indirekte Effekte der Familienpolitik habe – zum Beispiel, indem sie den Wunsch nach einer bestimmten Anzahl von Kindern verändere, schreiben die Forscher.

Ihre Simulationen zeigen auch, dass der Kinderwunsch umso stärker steigt, je wahrscheinlicher sich die untersuchten Personen von anderen Menschen beeinflussen lassen, die mehr Kinder als sie selbst haben. Allerdings ist auch hier der Einfluss auf den bloßen Wunsch nach Kindern deutlich stärker als auf das Ausmaß der Fruchtbarkeitslücke. Generell seien die indirekten Effekte familienpolitischer Maßnahmen immer dann besonders anfällig für den Einfluss sozialer Strukturen, wenn sie einkommensabhängig erfolgten, berichten Fent und seine Kollegen.

Den Forschern ist bewusst, dass sie in ihrer Studie einige wesentliche Aspekte außer Acht lassen, die die Familienplanung beeinflussen – zum Beispiel die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Dennoch ziehen sie aus ihrer Untersuchung folgendes Fazit: Wirklich erfolgreich sei Familienpolitik nur dann, wenn deren Maßnahmen nicht einfach von anderen Ländern übernommen würden. Stattdessen müsste jede Regierung ihre Strategien an die Besonderheiten der eigenen Bevölkerung anpassen.

Mitautor der wissenschaftlichen Studie:
Thomas Fent

Impressum

Herausgeber: James W. Vaupel, Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

in Kooperation mit

- Gabriele Doblhammer, Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels, Rostock
- Norbert F. Schneider, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
- Wolfgang Lutz, Vienna Institute of Demography / Austrian Academy of Sciences und Wittgenstein Centre for Demography and Global Human Capital, Wien

ISSN: 1613-5822

Verantwortlicher Redakteur: Roland Rau (V.i.S.d.P.)

Redaktionsleitung: Anke Brodmerkel

Wissenschaftliche Beratung: Katja Köppen, Roland Rau

Technische Leitung: Silvia Leek **Layout:** Janek Pilzecker

Druck: Stadtdruckerei Weidner GmbH, 18069 Rostock

Anschrift: Max-Planck-Institut für demografische Forschung

Konrad-Zuse-Str. 1, 18057 Rostock, Deutschland

Telefon: (+49) 381/2081-143 **Telefax:** (+49) 381/2081-443

E-Mail: redaktion@demografische-forschung.org

Web: www.demografische-forschung.org

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nichtkommerzielle Zwecke bei Nennung der Quelle erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.



Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V.

Glossar

Agentenbasiertes Modell:

Anders als bei anderen Modellen haben in einer agentenbasierten Simulation viele Individuen, die Agenten, Entscheidungs- oder Handlungsmöglichkeiten. Das Verhalten des Systems resultiert dabei aus dem Verhalten der einzelnen Agenten. Ein solches Modell hat zwei Vorteile: Sowohl heterogenes Verhalten als auch die Abhängigkeiten von anderen Individuen lassen sich mit ihm gut abbilden. Es kommt vor allem dann zur Anwendung, wenn der Fokus einer Fragestellung darin besteht, wie sich ein System an veränderte Rahmenbedingungen anpasst.

Literatur

Fent, T., B. Aparicio Diaz and A. Prskawetz: Family policies in the context of low fertility and social structure. *Demographic Research*, 29(2013)37, 963-998. DOI: 10.4054/DemRes.2013.29.37